

PM: Finanzierung des BAföG bedroht, weil Bundesregierung sich nicht einigen kann – fzs fordert gesicherte Finanzierung der angekündigten BAföG-Reform

Berlin, 09.02.2026

Der freie zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. beobachtet den anhaltenden Streit innerhalb der Bundesregierung über die Finanzierung der angekündigten BAföG-Reform mit großer Sorge. Während sich die Bundesregierung nicht über Zuständigkeiten und Kosten einigen kann, verschlechtert sich die finanzielle Lage von Studierenden mit jedem Tag dramatisch.

Die Finanzierung der Reform ist weiterhin ungeklärt, und damit wird ein sozial gerechter Zugang zu Bildung für Hunderttausende Studierende erneut verzögert.

„Eine BAföG-Reform ohne gesicherte Finanzierung ist keine Reform, sondern ein leeres Versprechen“, erklärt Tabea Herbst, Vorstandsmitglied des fzs. „Wenn Verbesserungen im Koalitionsvertrag einer Regierung angekündigt sind, muss es auch möglich sein, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen.“

Seit Jahren sinkt die Quote derer, die durch das BAföG gefördert werden. Von neun Studierenden bezieht nur noch rund eine*r BAföG und im Durchschnitt gerade mal 652 Euro, während Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise massiv steigen. Viele Studierende sind gezwungen, ihr Studium durch Erwerbsarbeit zu finanzieren oder ganz abzubrechen, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

„Bislang steht beim Thema BAföG noch nicht einmal der Gesetzentwurf. Während Friedrich Merz behauptet, dass die Arbeiter*innen in Deutschland nicht produktiv genug seien, verzögern seine Ministerien die Umsetzung des eigenen Arbeitsprogramms und brechen damit die Versprechungen des Koalitionsvertrags“, so Tjark Kandulski, Mitglied des fzs-Vorstands. „Dass bei der existenziellen Absicherung von Studierenden und Azubis schon im Haushalt 2026 mit 250 Mio. Euro weniger Bedarf gerechnet wurde, ist bezeichnend für die Prioritätensetzung dieser Regierung. Die Bedarfe einer ganzen Generation werden vernachlässigt.“

„Dass nun ausgerechnet beim BAföG wieder über Sparzwänge diskutiert wird, während bei Studieninteressierten die ersten Musterungsbescheide eintrudeln, sendet das falsche Signal“, so Katharina Rummenhöller, fzs-Vorstandsmitglied. „Ministerin Bär möchte dafür sorgen, dass ein größerer Teil der Anspruchsberechtigten BAföG beantragt, ohne dass sie zuerst überhaupt eine flächendeckende Ausfinanzierung garantiert. Wenn die Bundesregierung sich ernsthaft über Fachkräftemangel beschwert und Chancengleichheit an den Hochschulen will, dann muss sie das BAföG endlich auf eine solide finanzielle Grundlage stellen und den Bearbeitungsstau in den Ämtern auflösen. BAföG ist kein haushaltspolitischer Verhandlungsgegenstand, sondern ein zentrales Instrument sozialer Bildungsgerechtigkeit.“

Der fzs fordert die Bundesregierung daher nachdrücklich dazu auf:

- die vollständige Finanzierung der geplanten BAföG-Reform verbindlich im Bundeshaushalt sicherzustellen,
- Bedarfssätze und Wohnkostenpauschale auf ein existenzsicheres Niveau anzuheben (Anhebung der Bedarfssätze auf das Niveau der Armutsgefährdungsgrenze, Anpassung der Wohnkostenpauschale an das Mietniveau, ortsangepasst),
- den politischen Streit nicht weiter auf dem Rücken von Studierenden auszutragen.

Rückfragen können Sie stellen an:

Katharina Rummenhöller, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de



freier zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhöller